

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1530  
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 163.

Dienstag, 15. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife, Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Beitrag versäumt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. **Wichtigste Unterhaltungsbeilage** „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: i. V. H. Reichardt, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Aussprache im englischen Unterhause.

mit. London, 14. Juli.

Bei Wiederaufnahme der Debatte über den Vorschlag des Foreign Office sprach zunächst Asquith, der MacDonald begrüßte, daß die Konferenz in dieser Woche in London stattfinden werde. Es sei dies ein Schritt in Richtung auf den Weg des Fortschritts in Richtung auf das Ziel einer internationalen Regelung. Die Konferenz sei von den guten Wünschen aller Parteien im Hause, im Lande und im ganzen Reich begleitet. Es sei von größter Wichtigkeit, daß heute nichts gesagt werde, was dazu beitragen könne, den Premierminister in seiner Aufgabe von größter Schwierigkeit, von der bedeutende weitreichende Fragen abhängen, zu behindern. Aber die Art von Kritik und Polemik, wie sie während der französischen Senatsdebatte erfolgt sei, sei auch heute zulässig. Der veröffentlichte Briefwechsel habe gezeigt, daß zwei Dinae von Seiten der britischen Regierung deutlich erklärt oder angedeutet worden seien, nämlich erstens, daß der Dawes-Bericht über den Versailler Vertrag hinausgehe, zweitens, daß die Aufgabe, in Zukunft zu erklären, ob ein offenkundiger Versuch Sanktionen zu haben, einer anderen Autorität als der Reparationskommission anvertraut werden müsse. Asquith erklärte weiter, die Verträge mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten, die den Versailler Vertrag begleiten sollten, seien verschwunden und würden auf keinen Fall in dieser Gestalt wieder auferstehen. Frankreich habe nichts übrig behalten, was ihm eine Kompensation für seine Verluste und Leiden im Krieg biete oder seine Sicherheit verbürge außer dem Versailler Vertrag, und die einzige vom Vertrag gegebene Bürgschaft sei die Reparationskommission, in der Frankreich eine dauernde Mehrheit habe. MacDonalds Behauptung in Paris habe die innere Lage und den Bestand der Regierung gefährdet und, wie er hoffe, auch die wirkliche Tätigkeit der Konferenz gestört. Dadurch, daß MacDonald im Prinzip die französische Behauptung, daß der Dawes-Bericht nicht als eine Entscheidung, sondern als eine Erweiterung der Grundlagen des Versailler Vertrages behandelt werden sollte, anerkannt habe, begünstige die Konferenz in einer klareren und freundschaftlicheren Atmosphäre, als nach vor einer Woche erwartet werden konnte. Es bestünden jedoch zwei Punkte von großer Bedeutung, die die Stimmung des britischen Gebietes und die Sicherheitsfrage. Die Dauer jeder Vereinbarung, die über den Dawes-Bericht erzielt werde, hänge von der Sicherheit ab, und es sei von der größten Bedeutung, daß der britische Standpunkt in dieser Frage vollkommen klar gemacht werde.

1. müsse jede Vereinbarung Frankreichs nicht als eine Separatgarantie, sondern als Teil einer allgemeinen Verpflichtung Englands auf Grund der Völkerbundsabmachungen gegeben werden;
2. müßte die Frankreich angebotene Sicherheit unter den gleichen Bedingungen Deutschland angeboten werden und
3. müßte, damit dies möglich sei, Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werden und einen Sitz im Völkerbundrat erhalten.

Das britische Reich müßte sich außerdem verpflichten, Frankreich und Deutschland den Gebrauch seiner Macht gegen jeden von beiden Staaten zu garantieren, der dem anderen einen Streit andränge, ohne die Maschinen des Völkerbundes in Gang zu setzen, und zwar müßte dies kollektiv allgemein für alle im Völkerbund vertretenen Parteien gelten. Diese sei die einzige wirksame und praktische Gestalt, in der irgend eine Sicherheitsgarantie gegeben werden könne.

Waldwin, der nach Asquith sprach, gab zunächst seiner Zustimmung zu dessen Darlegungen Ausdruck und sagte, daß die Regierung, während die Arbeiterpartei in den letzten Jahren und bei den Neuwahlen ein Revision des Versailler Vertrages gefordert habe, die volle Konflikt der konservativen Außenpolitik bezüglich des Versailler Vertrages und der daraus entstehenden Fragen aufrechterhalte. Im Verein mit Frankreich seien alle Dinge möglich. Bei einem englisch-französischen Gegenstand könne jedoch kein Fortschritt gemacht werden. Seiner Ansicht nach bestrebe alle Hoffnung, daß die Konferenz etwas erreichen werde. Waldwin betonte die großen Erleichterungen, die Deutschland durch den Dawes-Bericht angeboten würden und sagte, es dürfe auf Seiten Deutschlands kein Bößern bestehen, ihn anzunehmen. Er hoffe, die Konferenz werde ihre Aufgabe leisten, daß sie diese Zustimmung Deutschlands mit der geringstmöglichen Verzögerung erhalten werde.

Zum Schluß hob MacDonald hervor, daß, wenn Deutschland den Bericht annehme und die Anteile aufgebracht werde, ein beträchtlicher Teil der letzteren auf England kommen würde, das dadurch, daß es das deutsche Geschäftleben wiederaufbaue, seinen eigenen größten und mächtigsten Konkurrenten wiederherstellen würde. MacDonald erklärte, daß die gegenwärtige Regierung die Sachverständigenkommission gerät habe, aber zweifellos trage die Tatsache, daß die Kommission eingesetzt wurde und die Amerikaner sich daran beteiligten, gewaltig dazu bei, daß es nun möglich sei, von neuem freundschaftliche oder auf jeden Fall freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich zu beginnen. Hinsichtlich der Verpflichtungen, die Deutschland durch den Dawes-Bericht auferlegt würden, sagte MacDonald, es sei nur die Frage, ob hinsichtlich einer oder zweier Punkte des Berichts man nicht versuche, Deutschland Verpflichtungen aufzuerlegen, die nicht legal im Bereich des Versailler Vertrages liegen. Diese Frage sei den Sachverständigen vorgelegt und werde bei ihnen bleiben, bis deren Bericht

der Interalliierten Konferenz diese oder nächste Woche vorgelegt werde. MacDonald fuhr fort, die Politik, die seit dem ersten Tage, an dem er die Schwelle des auswärtigen Amtes als Staatssekretär des Äußeren überschritten habe, von ihm befolgt worden sei, sei die, daß er nicht angelehnt habe und auch jetzt nicht glaube, daß in Europa Frieden herrschen könnte, ehe Großbritannien und Frankreich das Maß von Einigkeit erreicht hätten, das ihnen einige Jahre lang fremd gewesen sei.

London. (Funkdruck.) Im weiteren Verlauf seiner getragenen Rede sagte MacDonald, die sofortige Aufstellung eines Sanktionsprogramms würde nur bedeuten, daß Deutschland eine Warnung erteilt werde, wie man es im Falle eines Versagens bekräftigen würde. Nur ein Tor könne daran denken, etwas derartiges zu tun. Was die Sicherheitsfrage anlangt, so sei der Standpunkt, den Asquith entwickelt habe, auch immer sein eigener Standpunkt gewesen. Er habe vor kurzem im Unterhaus erklärt, daß, soweit er sehen könne, allein der Weg über den Völkerbund zum Ziele führen werde. Der zu schließende Pakt, wenn man dies Wort gebrauchen könne, dürfe nicht ein zweiseitiger, es müsse ein allseitiger, ein allgemeiner Pakt sein.

Das liberale Unterhausmitglied Zwerz hat um Informationen über die Lage, die durch die Räumung des deutschen Gebietes durch die britischen Truppen geschaffen würde, Er habe, sagte der Redner, von zutiefster Seite gehört, daß die Zone, die einmal geräumt worden sei, nicht wieder besetzt werden könnte, wenn nicht eine erneute Versuchsaktion erfolge. In diesem Falle würde die Adhuc Zone, nachdem sie von den Engländern geräumt sei, nicht durch französische Truppen besetzt werden können, außer wenn jene Eventualität eintrete. Es sei zweifelhaft, ob Deutschland eine Regelung von einer Konferenz annehmen werde, auf der französische Einflüsse vollkommen vorherrschen, bzw. ob die Amerikaner der Vertikung über die großen Summen, an denen sie interessiert sind, zustimmen werden, ohne eine Stimme in dieser Frage zu haben.

Das konservative Parlamentsmitglied Sir F. Wike erklärte, nach gründlicher Prüfung des Dawesberichts sei er zu der Ansicht gekommen, daß der Bericht Unmöglichkeiten vorzeige. Die in Aussicht genommenen Zahlungen seien zu groß, die Sachverständigen hätten nicht die großen Vatten erkannt, die Deutschland sich auferlegt habe, sowie die großen Schwierigkeiten, Geld aus einem Lande in ein anderes zu übertragen. Er hoffe, daß eine neue Konferenz stattfinden werde, auf der nicht nur die Sachverständigen, sondern auch die Reparationskommission und die Vereinigten Staaten vertreten sein würden.

Der Arbeiterparteiliche Johnson erklärte, England könne nicht Deutschlands Sachleistungen in Gestalt von Kohlen und Farbstoffen annehmen, ohne seine eigenen Arbeiter erwerbslos zu machen. Die Mächte sollten ihre Entschädigungsansprüche vollkommen aufgeben, damit Europa wieder neu gestaltet werden könnte.

Das konservative Mitglied Samuel erklärte, er sei überzeugt, daß der Dawesbericht undurchführbar sei. Die vorgeschlagenen Annuitäten würden von Deutschland nur geleistet werden können, wenn es einen Außenhandel mit einem Umlauf von 3 Millionen Pfund habe. Frankreich, Belgien, Italien und Amerika würden die deutschen Waren nicht nehmen. Wenn aber diese Waren nach England ausgeführt würden, so würden Tausende von Arbeitern erwerbslos werden.

Auch das liberale Mitglied Wedgwood Benn erklärte, es sei zweifelhaft, ob Deutschland in der Lage sei, dem Dawesbericht gemäß einen großen Ausfuhrüberschuss zu erzeugen, und wenn Deutschland diesen erzeugen könne, wer solle die Ware abnehmen? Jeder, der den Versailler Vertrag studiert habe, müsse zu dem Schluß gekommen sein, daß die neuen Deutschland auferlegten Verpflichtungen über den Versailler Vertrag hinausgingen.

Das Arbeitermitglied Moxel erklärte, der Dawesbericht werde von zahlreichen Arbeiterführern mit höchster Sorgfalt betrachtet, die durch die Rede des Premierministers nicht vermindert worden sei. Glaube irgend ein vernünftiger Mensch, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich sei? Deutschland sei bisher niemals erlaubt worden, seine eigene Verteidigung zu führen.

## Zurückweisung der Wortwüste des „Tamps“.

Gegenüber dem vom „Tamps“ anlässlich der Reichstagsrede vom 12. Juli erneut gegen die Reichsregierung erhobenen Vorwurf, daß Deutschland nichts zur Durchführung des Sachverständigen-Berichts getan habe, wird von amtlicher Stelle abermals darauf hingewiesen, daß der Zeitpunkt der Vorlage der notwendigen Gesetzentwürfe an den Reichstag nicht in erster Linie von der Reichsregierung, sondern von den drei Organisationskomitees für die Goldnotenbank, Reichsbahn und Industrie-Obligationen abhängt, von denen erst die Grundlagen gefunden und vereinbart werden mußten, auf denen die Gesetzentwürfe aufzubauen sind. Von deutscher Seite ist von Anfang an alles geschehen, um die Arbeiten dieser Komitees zu beschleunigen. Von deutscher Seite waren die schriftlichen Unterlagen und Entwürfe bereits fertiggestellt, bevor die drei Komitees sich überhaupt konstituiert hatten. Dagegen scheint auf französischer Seite der gleiche Wunsch nicht immer maßgebend gewesen zu sein. Es braucht nur an das

Ausscheiden eines französischen Mitgliedes aus dem Industrieobligations-Komitee erinnert zu werden, der, wie die „Ere Nouvelle“ vom 8. Juli selbst zugegeben hat, sich noch vollständig von den Richtlinien des Kabinetts Poincaré hat leiten lassen und nur die hypothetische Belastung gewisser großen deutschen Firmen veranlaßt, während die von den Sachverständigen veranlagten 5 Milliarden nur durch eine Belastung der gesamten deutschen Industrie erzielt werden konnten. Im Übrigen hat das Bankenkomitee seine Gesetzentwürfe der Reparationskommission inzwischen mitgeteilt, und bei dem Eisenbahnkomitee und dem Komitee für die Industrie-Obligationen ist mit dem Abschluß ihrer Arbeiten und der Übergabe ihrer Entwürfe an die Reparationskommission noch im Laufe dieser Woche zu rechnen.

## Das französische Anleihegesetz angenommen.

Paris. (Funkdruck.) Die Kammer hat in einer Nachtigung das Anleihegesetz mit 225 gegen 185 Stimmen angenommen. Vor der Abstimmung ergreif im Namen der Opposition der frühere Kriegsminister Maginot das Wort, um sich gegen die Tendenz des Gesetzes zu wenden. Er erklärte, man könne gewisse Beweise von Milde geben, aber Beamte öffentlicher Dienste zu annektieren, die sich gegen die Nation gemeldet hätten, das bleibe im Falle der öffentlichen Dienste auszuführen. Außerdem würde die Vorlage die antifrösischen Propaganda ermutigen. Wenn wir, fuhr Maginot fort, unser Heer bewahren wollen und den Frieden und unsere Zieg sicherstellen, dann müssen wir uns weiter gegen die Wechten, die unsere jungen Soldaten zu Revolven und zur Unbotmäßigkeit auffordern. Der vorliegende Gesetzentwurf scheint uns außerdem den Preis für gewisse Abmachungen zu sein, der Preis für die Sicherstellung des Wirtschaftes, ein Wechsel, den die jetzige Regierung nicht bezahlen müsse. Ministerpräsident Herriot erklärte, er glaube, daß man durch das Gesetz zu jener nationalen Solidarität gelangen werde, die sich während des Krieges so glänzend bewährt hat. Der Abgeordnete Maginot hat den Senat aufgerufen, die Wünsche der Opposition zu unterstützen, das heißt, das Gesetz abzulehnen. Er erinnere daran, daß es der Senat gewesen sei, der nach 1870 die allgemeine Anleihe gefordert habe. Die Aufforderung seiner Regierung bestrebe darin, die Einheit in der Republik dadurch herzustellen, daß die Würdevollheit der Verfassung in großem Maße durchgeföhrt werde. Die Sitzung war gegen 9 Uhr nachts beendet und die Kammer vertagte sich darauf auf den 29. Juli.

## Die neue Goldnotenbank.

Zur Vermeidung der Arbeiten des Organisationskomitees für die Goldnotenbank teilt das B. L. mit, daß der deutsche Entwurf in seinen wesentlichen Punkten von dem Engländer Kinderley angenommen worden sei. Der Charakter der Goldnotenbank, deren Sitz in Berlin sein werde, werde vollkommen dem der Reichsbank entsprechen. Die Bank werde vollkommen unabhängig von der Reichsregierung sein. Die neuen Noten der Bank sollen den Namen „Reichsmarknoten“ erhalten und bis zu 10 Mark hinunter gestuft werden. Außerdem seien auch Gold-, Silber- und Kupfermünzen vorgegeben und zwar von 1 Pfennig bis zu 5 Mark. Die Hauptgrundlage der Bank werde die Deutschland zu gewährende Auslandsanleihe in Höhe von 800 Millionen Goldmark sein. Der gesamte Notenumlauf werde sich auf etwas über 5 Milliarden Goldmark belaufen. Die Beschlüsse des Organisationskomitees seien bereits der Reparationskommission übermittelt worden.

## Zusammenkunft internationaler Verbandsvorstände.

Gestern vormittag sind in Amsterdam die Vorstände des internationalen Gewerkschaftsbüros und der sozialistischen Internationalen zusammengetroffen, um zu der am 16. Juli beginnenden Londoner Konferenz Stellung zu nehmen. Für den Gewerkschaftsbund waren anwesend der Vorsitzende, die Vizevorstände und die Sekretäre, darunter Sassenbach (Deutschland), für die sozialistische Internationale der Sekretär Adler und die Mitglieder des Vollzugsausschusses Dr. Bell (England), Blum (Frankreich), Müller (Deutschland), Vandervelde und Broqueres (Belgien) und Blige (Holland).

## Die bayerische Regierungskoalition gefährdet.

In der deutschnationalen bayerischen Landtagsfraktion sind in den letzten Tagen schwerwiegende Bedenken laut geworden gegen die weitere Unterfertigung der bayerischen Regierung. Es hat eine tiefgehende Misshimmung gegen die bayerische Volkspartei Platz gegriffen, der man vorzuzieht, daß sie ihre Zusagen, die sie den Deutschnationalen bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung gemacht hat, nicht inne gehalten habe. Insbesondere glaubt man nicht imstande zu sein, den weitgehenden Föderalismus, der in dem Programm mit seinen Wünschen auf Verfassungsänderung und Betonung der bayerischen Freiheitsrechte zum Ausdruck kommt, aktiv unterstützen zu können. In unterrichteten Kreisen hält man es deshalb, für den Fall, daß die bayerische Volkspartei nicht einige ihrer grundlegenden Forderungen preisgibt, für wahrscheinlich, daß binnen kurzer Zeit das Einvernehmen zwischen beiden Parteien ein Ende findet und eine abermalige Regierungskrise ausbricht, die dann wohl nur auf dem Wege der Neuwahlen gelöst werden könnte.